FileNr:62|id:HB110325227|date:2003-11-25|source:HB|title:Deutschland sitzt auf einem Berg von versteckten Schulden

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

OLAF STORBECK HANDELSBLATT, 25.11.2003 DUeSSELDORF. Die Sache weckt boese Erinnerungen an das Geschaeftsgebahren des US-Konzerns Enron: Die Bundesrepublik sitzt, aehnlich wie der Pleite gegangene US-Energiehaendler, auf einem riesigen Berg von Verbindlichkeiten, die in keiner offiziellen Statistik auftauchen - Volkswirte sprechen von der "impliziten Staatsverschuldung". Die stillen Lasten haben ein gigantisches Ausmass erreicht: Sie summierten sich 2002 auf sage und schreibe 270 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), zeigen Berechnungen des Sachverstaendigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR). Die offiziellen Verbindlichkeiten - im Fachjargon explizite Schulden genannt - beliefen sich dagegen "nur" auf 61 % des BIP. "Bei den Staatsschulden verhaelt es sich wie mit einem Eisberg", sagt der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhueschen. "Die Oeffentlichkeit diskutiert ueber die Spitze und merkt nicht, dass noch viel mehr unterhalb der Wasserlinie liegt."

Anders als im Fall von Enron sind die versteckten Schulden der Bundesrepublik allerdings nicht durch kriminelle Energie entstanden - sie sind das automatische Ergebnis der umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme: Alle Menschen, die heute in die gesetzliche Renten- oder Pflegeversicherung einzahlen, erwerben damit zugleich zukuenftige Ansprueche gegenueber dem Staat. Diese Verbindlichkeiten tauchen in keiner Haushaltsstatistik auf, sind oekonomisch gesehen aber mit Schulden identisch. Denn fuer den Staat entstehen in der Zukunft Zahlungsverpflichtungen - genauso wie bei der Aufnahme von Krediten. "Es macht also keinen Unterschied, ob ein Buerger ein Konto bei der gesetzlichen Rentenversicherung hat oder Staatsanleihen haelt", sagt Raffelhueschen. Auch der SVR-Vorsitzende Wolfgang Wiegard betont: "Die impliziten Staatsschulden sind genauso existent wie die expliziten." Der Schuldenstand und die jaehrliche Neuverschuldung geben die kuenftigen Zahlungsverpflichtungen des Staats daher nicht vollstaendig wider. "Als Indikatoren fuer die Tragfaehigkeit der oeffentlichen Haushalte sind diese Kennziffern nur unzureichend geeignet", schreibt der Sachverstaendigenrat in seinem juengsten Jahresgutachten. Daher versuchen Oekonomen, sich mit Modellrechnungen zu helfen: Vereinfacht gesagt projizieren sie die derzeitige Finanzpolitik in die Zukunft und untersuchen: Reichen die kuenftigen Einnahmen des Staates aus, um in der Zukunft die Zahlungsverpflichtungen zu bedienen? "Diese Simulationsrechnungen laufen ueber einen sehr langen Zeithorizont", sagt Hans Dietrich von Loeffelholz, Finanzexperte des Rheinisch-Westfaelischen Instituts fuer Wirtschaftsforschung. "Sie sind daher mit Vorsicht zu interpretieren." Denn die Ergebnisse haengen stark von den Annahmen ueber das kuenftige Wirtschaftswachstum und die demografische Entwicklung ab. "Ausserdem aendert sich die Rechtslage in der Rentenversicherung laufend", betont Loeffelholz.

Allerdings: Auch wenn die genauen Zahlen zur Hoehe der Tragfaehigkeitsluecke schwanken, kommen unterschiedliche Studien stets zu ganz aehnlichen Ergebnissen: "Wir buerden den zukuenftigen Generationen zu viele Lasten auf, die diese kaum noch tragen koennen", sagt Hans-Werner Sinn, Praesident des Muenchener Ifo-Instituts. "Deutschland lebt ueber seine Verhaeltnisse."

Fuer eine dauerhaft tragfaehige Finanzpolitik muesste der Staat ab sofort alle heutigen und zukuenftigen Ausgaben drastisch zusammenstreichen: "Saemtliche Staatsausgaben, die gegenwaertigen und die aus heutiger Sicht in die Zukunft fortgeschriebenen, muessten um rund 12 % reduziert werden", schreibt der SVR. 2002 lag das Konsolidierungsvolumen damit bei 125 Mrd. Euro. Daneben gibt es noch einen zweiten Weg hin zu tragfaehigeren Staatsfinanzen: Eine grundlegende Reform der Sozialversicherungen. Ein erster Schritt waere die Umsetzung der Renten-Vorschlaege der Ruerup-Kommission: Allein die schrittweise Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre bis 2035 und die Begrenzung der Rentenanstiege durch den Nachhaltigkeitsfaktor wuerde die verdeckte Staatsverschuldung laut SVR von 270 % auf 141 % reduzieren....

Fokus Deutschland

Warnend-Negativ